

Dieter Zielinski, Langeskovweg 11, 24222 Schwentinental

Dieter Zielinski
Landesvorsitzender

Langeskovweg 11
24222 Schwentinental
Tel: 0431 - 18402
Diet_Ziel@t-online.de

Die Mitgliederversammlung der Gemeinnützigen-Gesellschaft-Gesamtschule, Landesverband Schleswig-Holstein, hat am 5.9.2018 folgende Resolution einstimmig verabschiedet.

Nach einem Jahr Jamaika: Die Bildungspolitik der Regierungskoalition in Schleswig-Holstein wird ihrer Verantwortung nicht gerecht. Die GGG fordert: „Beendet das schulpolitische Klein-Klein!“

In Schleswig-Holstein hat sich mit dem letzten Regierungswechsel vor gut einem Jahr von der Küstenkoalition zu dem, was Jamaika genannt wird, ein bildungspolitischer Wechsel vollzogen, der mittlerweile in seinen Auswirkungen beurteilt werden kann.

Es geschieht genau das, was der Hamburger Bildungssenator Thies Rabe kürzlich anprangerte: „Es tut Schulen nicht gut, wenn alle zwei Jahre der Minister wechselt und das Ministerium alles neu erfindet.“ In Schleswig-Holstein wird noch nicht einmal neu erfunden, sondern das Rad wieder zurück gedreht, aus dem Neuen wird wieder das Alte gemacht und zwar sowohl im strukturellen als auch im pädagogischen Bereich.

Falsch und rückwärtsgewandt sind u.a.,

- dass die Dauer bis zum Abitur wieder grundsätzlich auf neun Jahre verlängert wurde. Die Rückkehr zu G9 ist unproduktiv (UV Nord), kostet unnötig viel Geld, das an anderer Stelle im Bildungsbereich dringend benötigt wird.
- die Wiedereinführung der Grundschulgutachten beim Übergang auf eine weiterführende Schule. Die Kategorisierung von Menschen steht im Gegensatz zu einer inklusiven Schule, sie beschämt Menschen und wertet sie ab. Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass Prognostizität und Objektivität zu wünschen übrig lassen.
- die Rückkehr des verordnungsrechtlichen Normalfalls von Zensurenzeugnissen gegenüber Berichtszeugnissen. Zensuren sind einer selektiv und kategorisierenden Pädagogik zuzuordnen. Umgang mit Heterogenität, unterstützendes und individuelles Lernen, so wie es die Gemeinschaftsschulen praktizieren, erfordern eine differenziertere Form der Leistungsrückmeldung.
- die Absicht, das geschaffene gemeinsame Sekundarschullehramt für Gemeinschaftsschulen und Gymnasien zugunsten zweier schulartbezogenen Lehrämter

aufzuheben. Würde die Änderung so umgesetzt, wäre dies fatal für die Gemeinschaftsschulen. Das Signal hieße, die Gymnasien sind für die gymnasiale Bildung zuständig und die Gemeinschaftsschulen für den Rest.

Aus einem System zweier gleichberechtigter Schulformen entsteht so Schritt für Schritt wieder ein hierarchisch aufgebautes und selektiv orientiertes Schulsystem. Dass ein solches System nicht funktioniert, hat sich in der Vergangenheit, in Schleswig-Holstein z.B. mit der eingeführten und inzwischen wieder verworfenen Regionalschule, mehrfach gezeigt. Diese Bildungspolitik ist unverantwortlich. Sie betreibt Klientelpolitik, statt die drängenden gesellschaftspolitischen wie bildungspolitischen Herausforderungen anzugehen, für die eine Schule gebraucht wird, die Bildungsbarrieren abbaut und Chancen für alle eröffnet, um einer weiteren Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Die GGG ist der Überzeugung, dass die aktuellen Herausforderungen nur mit einem integrierten und nicht mit einem selektiven Schulsystem erreicht werden können. Solange die für die Umgestaltung zur „Einen Schule für alle“ politischen und gesellschaftlichen Mehrheiten fehlen, unterstützt die GGG alle bildungspolitischen Initiativen, die diese Ziele verfolgen.

Ein Zweisäulenmodell mit Gemeinschaftsschule und Gymnasium, so wie von der letzten Landesregierung gestaltet, hätte ein wichtiger Schritt werden können. Für ein solches System fordert die GGG,

- dass beide Schulformen gleichberechtigt nebeneinander stehen,
- dass die Entstehung von Brennpunktschulen verhindert wird und dort, wo solche Schulen entstanden sind, durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen eine möglichst schnelle Überwindung herbeigeführt wird,
- dass alle Gemeinschaftsschulen eine hinreichende Heterogenität in Bezug auf die Zusammensetzung ihrer Schülerinnen und Schüler aufweisen,
- dass alle Schulen einmal aufgenommene Schülerinnen und Schüler zu einem Schulabschluss führen (Abschulungsverbot),
- dass möglichst viele Gemeinschaftsschulen eine eigene Oberstufe erhalten bzw. dort, wo dies nicht möglich ist, allen Jugendlichen ein gleichberechtigter Übergang in eine Oberstufe ermöglicht wird,
- dass die Schulen ihren Aufgaben entsprechend ausgestattet und
- dass die von den Schulen zu leistenden Aufgaben auf alle Schulen gleichmäßig verteilt werden.

Die GGG fordert alle Verantwortlichen auf, ihren bildungspolitischen Interessenklüngel einzustellen und eine verantwortliche Bildungspolitik unabhängig von wahltaktischen Überlegungen zu betreiben.